

Warum kommt es zu vorgezogenen Neuwahlen? (Niveaustufe I)



Rede des Bundeskanzlers Olaf Scholz vom 6. November 2024



Arbeitsauftrag:

Aufgabe 1 – Schau dir das Video an (1. Sequenz: Beginn-7:47 und 2. Sequenz: 10:37- Ende).

Aufgabe 2 – Analysiere die Rede des Bundeskanzlers.

Notiere hierzu folgende Aspekte in Stichworten:

- Formale Aspekte (Autor, Thema, Quellengattung, Erscheinungszeitpunkt)
- Zentrale Position
- Begründungsgang (inhaltlicher Aufbau)
- Argumentationsweise (sprachliche Auffälligkeiten/Besonderheiten/Eigenarten)
- Intention (Absicht)

Aufgabe 3 – Beurteile die Qualität der Rede. Beantworte dazu folgende Teilfragen:

- Was ist die zentrale Absicht des Redners?
- Schafft der Redner es, dich zu überzeugen?
- Wenn ja: Wie schafft er es dich zu überzeugen?
- Wenn nein: Warum schafft der Redner es nicht, dich zu überzeugen?
- Formuliere ein abschließendes und zusammenfassendes Fazit im Hinblick auf die Leitfrage (Wie beurteilst du die Qualität der Rede?).

War es sinnvoll, die Vertrauensfrage zu stellen? (Niveaustufe I)

Aus der Rede des Bundeskanzlers vom 6. November 2024:

„Wie geht es nun weiter? Bundesminister Lindner wird vom Bundespräsidenten entlassen. [...] Der reguläre Termin für die Bundestagswahl im Herbst nächsten Jahres liegt noch in weiter Ferne. In den verbleibenden Sitzungswochen des Bundestages bis Weihnachten werden wir alle Gesetzentwürfe zur Abstimmung stellen, die keinerlei Aufschub dulden. [...] Gleich in der ersten Sitzungswoche des Bundestages im neuen Jahr werde ich dann die Vertrauensfrage stellen – damit der Bundestag am 15. Januar darüber abstimmen kann. So können die Mitglieder des Bundestages entscheiden, ob sie den Weg für vorgezogene Neuwahlen freimachen. Diese Wahlen könnten dann unter Einhaltung der Fristen, die das Grundgesetz vorsieht, spätestens bis Ende März stattfinden.“

Quelle: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/newsletter-und-abos/bulletin/rede-von-bundeskanzler-olaf-scholz-2319070> [Stand: 27.11.2024]

Mit dem Bruch der Koalition hatte sich Bundeskanzler Olaf Scholz für die Vertrauensfrage nach Artikel 68 GG entschieden. Hierzu heißt es im Grundgesetz:

Artikel 68 GG

(1) Findet ein Antrag des Bundeskanzlers, ihm das Vertrauen auszusprechen, nicht die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages, so kann der Bundespräsident auf Vorschlag des Bundeskanzlers binnen einundzwanzig Tagen den Bundestag auflösen. Das Recht zur Auflösung erlischt, sobald der Bundestag mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen anderen Bundeskanzler wählt.

(2) Zwischen dem Antrage und der Abstimmung müssen achtundvierzig Stunden liegen.

Für den Bundeskanzler hätte es aber noch weitere Möglichkeiten gegeben.

1. *„Minderheitskoalition“*: Das Grundgesetz schreibt an keiner Stelle vor, wie groß eine Regierung sein muss. Olaf Scholz könnte so-mit – nach dem Austritt der FDP aus der Koalition – mit den Stimmen aus SPD und Grünen weiterregieren. Da für die meisten Gesetze bei Abstimmungen eine absolute Mehrheit (Die absolute Mehrheit ist dann erreicht, wenn mehr als 50% der Abgeordneten einer Sache zustimmen). benötigt wird, würde die Regierung weitere Unterstützung benötigen. Diese könnte sie von der Opposition erhalten.
2. *„konstruktives Misstrauensvotum“*: Als weitere Möglichkeit könnte der Bundestag mithilfe eines Votums auch sein Misstrauen gegenüber dem Bundeskanzler aussprechen. Dieser Fall ist im Grundgesetz klar geregelt. Hier heißt es:

Artikel 67 GG

(1) Der Bundestag kann dem Bundeskanzler das Misstrauen nur dadurch aussprechen, dass er mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen Nachfolger wählt und den Bundespräsidenten ersucht, den Bundeskanzler zu entlassen. Der Bundespräsident muss dem Ersuchen entsprechen und den Gewählten ernennen.

(2) Zwischen dem Antrage und der Wahl müssen achtundvierzig Stunden liegen.

Arbeitsauftrag:

Aufgabe 1 – Benenne die einzelnen Schritte, die Bundeskanzler Olaf Scholz geplant hatte.

Aufgabe 2 – Erläutere mit eigenen Worten die drei Möglichkeiten, die es nach dem Bruch der Ampelkoalition gab. Unterscheide dabei:

- a. Den Namen des Verfahrens,
- b. den Inhalt des Verfahrens,
- c. die politischen Konsequenzen, die sich daraus ergeben,
- d. die Rechtsgrundlage und
- e. wer die aktive Rolle einnimmt?

Aufgabe 3 – Beurteile die Maßnahme von Olaf Scholz (Vertrauensfrage nach Art. 68 GG).

Beantworte dabei folgende Teilfragen:

- Nenne das politische Ziel, das Olaf Scholz mit der Vertrauensfrage verfolgt.
- Diskutiere die drei Optionen, die Olaf Scholz in der Situation hatte.
- Beurteile die Entscheidung, die Olaf Scholz getroffen hat. Beachte dabei die Kriterien der Effizienz und der Legitimität.

AB 1 – Warum kommt es zu vorgezogenen Neuwahlen? (Lösung)

Aufgabe 2:

Formale Aspekte	
Autor	Bundeskanzler (Olaf Scholz)
Thema	Bruch der Ampel-Koalition
Quellengattung	Rede
Erscheinungszeitpunkt	6. November 2024
Zentrale Position	
	<ul style="list-style-type: none"> - Bundesfinanzminister habe das Vertrauen des Bundeskanzlers (zu oft) missbraucht - Bundeskanzler ersucht daher den Bundespräsidenten den Bundesfinanzminister zu entlassen - Die Bundesregierung möchte wichtige Gesetzesvorhaben vorerst weiterhin verabschieden - Für Januar plane der Bundeskanzler die Vertrauensfrage zu stellen. Damit bestünde die Möglichkeit für vorgezogene Neuwahlen - Insgesamt habe die Bundesregierung gute Arbeit geleistet, obwohl die FDP zu häufig nicht abgemessen agiert habe
Begründungsgang (inhaltlicher Aufbau)	
	<p>Erste Einordnung</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bundeskanzler hat Bundespräsident darum gebeten, den Bundesfinanzminister (Christian Lindner) zu entlassen - Ziel des Bundeskanzlers war immer eine handlungsfähige Regierung sowie Schaden vom Land abzuwenden <p>Rechtfertigung des Entlassungsgesuchs</p> <ul style="list-style-type: none"> - „Darum ging es mir in den vergangenen drei Jahren. Darum geht es mir jetzt.“ - Weitere Angebote sind an Bundesfinanzminister ergangen <p>Darstellen der Angebote</p> <ul style="list-style-type: none"> - Maßnahmen für <ol style="list-style-type: none"> 1. bezahlbare Energiekosten, 2. Sicherung von Arbeitsplätzen, 3. Investitionsprämien und steuerliche Entlastungen für Unternehmen, 4. Erhöhung der Unterstützung für die Ukraine <p>Erneute Rechtfertigung für eigenes Handeln</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bundesfinanzminister lehnte die Angebote sowie die gemeinsame Arbeit ab - In den USA habe D. Trump die Präsidentschaftswahlen klar gewonnen - Deutschland werde seiner Verantwortung gerecht werden müssen - Weiterhin bestehen Konflikte in der Welt - Insgesamt gäbe es eine schwächelnde Wirtschaft in Deutschland sowie einen schwachen Welthandel - „Wer sich in einer solchen Lage einer Lösung, einem Kompromissangebot verweigert, der handelt verantwortungslos. Als Bundeskanzler kann ich das nicht dulden.“

	<p>Anklage gegenüber Bundesfinanzminister</p> <ul style="list-style-type: none"> - „Zu oft hat Christian Linder mein Vertrauen gebrochen“ - Vereinbarungen wurden aufgekündigt - „Es gibt keine Vertrauensbasis für die weitere Zusammenarbeit. So ist ernsthafte Regierungsarbeit nicht möglich.“ - „Wer in eine Regierung eintritt muss seriös und verantwortungsvoll handeln. [...] Darum aber geht es Christian Linder nicht.“ <p>Darstellen der eigenen Leistung</p> <ul style="list-style-type: none"> - Regierung habe einiges erreicht (Reduzierung der illegalen Migration, sichere Energie, Klimaschutz, sinkende Inflation, steigende Löhne und Renten) <p>Fokus eigener Arbeit</p> <ul style="list-style-type: none"> - Amtseid: Wohl des ganzen Landes im Blick haben - Soziale Sicherheit müsse Fokus sein <p>Erneute Anklage</p> <ul style="list-style-type: none"> - Linder fordere Erleichterungen für die Unternehmen und Kürzungen bei Renten und Arbeitnehmern, Gesundheit und Pflege - Das sei ungerecht <p>Folgen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bundespräsident entlässt Bundesfinanzminister - Wichtige Gesetze sollen weiterhin zur Abstimmung gestellt werden - Vertrauensfrage soll in erster Sitzungswoche im Januar gestellt werden - Damit bestünde die Möglichkeit für vorgezogene Neuwahlen - Gleichzeitig ergehe das Angebot an die Opposition (v.a. Friedrich Merz) zur konstruktiven Zusammenarbeit <p>Abschließender Wunsch</p> <ul style="list-style-type: none"> - Weiterhin politische Kompromisse schließen und gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern
Argumentationsweise (sprachliche Auffälligkeiten/Besonderheiten/Eigenarten)	
	<ul style="list-style-type: none"> - Scholz betont häufig seinen Wunsch nach (gesellschaftlichen) Zusammenhalt, der gerade jetzt notwendig sei <ul style="list-style-type: none"> ➔ Immer wieder ergingen „Angebote“ des Bundeskanzlers in diese Richtung - Vor allem die FDP (v.a. Christian Lindner) habe gemeinsame Vereinbarungen nicht eingehalten oder sogar gebrochen <ul style="list-style-type: none"> ➔ „zu oft“
Intention (Absicht)	
	<ul style="list-style-type: none"> - Erklären des eigenen Handelns - Herausstellen der eigenen Leistungen sowie der offenen Angebote - Klare Schuldzuweisung gegenüber der FDP (Christian Lindner) - Appell zur konstruktiven Zusammenarbeit (v.a. gegenüber der Opposition)

Aufgabe 3:

Was ist die zentrale Absicht des Redners?	<ul style="list-style-type: none"> - Erklären der eigenen Politik und Werben für Zustimmung - Klare Schuldzuweisung gegenüber der FDP (Christian Lindner) - Angebot an Opposition zur konstruktiven Zusammenarbeit, um wichtige Gesetzesvorhaben abschließen zu können und damit die eigene Handlungsfähigkeit zeigen-
Schafft der Redner es, dich zu überzeugen?	<i>Individuelle Lösungen</i>
Wenn ja: Wie schafft er es dich zu überzeugen? Wenn nein: Warum schafft der Redner es nicht, dich zu überzeugen?	<i>Individuelle Lösungen</i>
Formuliere ein abschließendes und zusammenfassendes Fazit im Hinblick auf die Leitfrage (Wie beurteilst du die Qualität der Rede?).	<i>Individuelle Lösungen</i>

AB 2 – War es sinnvoll, die Vertrauensfrage zu stellen? (Lösung)

Aufgabe 1:

6. November 2024	Bundeskanzler (Olaf Scholz) ersucht den Bundespräsidenten den Bundesfinanzminister Christian Lindner zu entlassen
Bis Weihnachten (verbleibende Sitzungswochen)	Wichtige Gesetzesvorhaben sollen (gemeinsam mit der Opposition) verabschiedet werden
Erste Sitzungswoche im neuen Jahr	Bundeskanzler stellt die Vertrauensfrage
15. Januar	Vertrauensfrage
Bis Ende März	Vorgezogene Neuwahlen

Aufgabe 2:

Verfahren	Inhalt	Politische Konsequenzen	Rechtsgrundlagen	Aktive Rolle
Minderheitskoalition	- Regierung, die über weniger als 50% der Stimmen im Parlament verfügt	- Keine parlamentarische Mehrheit - Schwieriges Regieren		Bundesregierung (ggf. Opposition)
Konstruktives Misstrauensvotum	- Parlament spricht dem Bundeskanzler das Misstrauen aus → Kann nur erfolgen, wenn das Parlament einen neuen Bundeskanzler wählt	- Alter Bundeskanzler wird seinem Amt enthoben - Neuer Bundeskanzler wird eingesetzt	Art. 67 GG	Bundestag
Vertrauensfrage	- Bundeskanzler erfragt im Bundestag, ob dieser ihm noch das Vertrauen ausspricht	a. Vertrauensfrage ist erfolgreich: Bundeskanzler verbleibt im Amt b. Vertrauensfrage misslingt: Bundespräsident kann den Bundestag auflösen und damit Neuwahlen ausrufen	Art. 68 GG	Bundeskanzler

Aufgabe 3:

Nenne das politische Ziel, das Olaf Scholz mit der Vertrauensfrage verfolgt	- Scheitern der Vertrauensfrage Möglichkeit (vorgezogener) Neuwahlen
---	---

Diskutiere die drei Optionen, die Olaf Scholz in der Situation hatte					
Minderheitskoalition		Konstruktives Misstrauensvotum		Vertrauensfrage	
+	-	+	-	+	-

Bestehende Regierung verbleibt im Amt Regulärer Wahltermin (Herbst 2025) bleibt (vorerst) bestehen	Regierung ist nicht mehr (allein) handlungsfähig Regierung ist auf Unterstützung der Opposition angewiesen	Bundeskanzler kann nicht (ohne die Wahl eines neuen Kanzlers) ersetzt werden und bleibt somit ggf. im Amt Bundestag hat (aufgrund neuer Mehrheiten) die Möglichkeit, einen neuen Bundeskanzler zu wählen	Bundeskanzler kann nur aus seinem Amt entlassen werden, wenn gleichzeitig ein neuer Bundeskanzler gewählt wird. Hierfür bedarf es neuer Mehrheiten	Bundeskanzler verbleibt (bei Erfolg) weiterhin im Amt Bundeskanzler kann (bei Scheitern) Neuwahlen „erzwingen“ und sich damit ggf. neue Mehrheiten durch die Bundestagswahl schaffen	Ggf. wird dem Bundeskanzler das Vertrauen ausgesprochen, jedoch verfügt dieser auch weiterhin über keine regierungsfähige Mehrheit im Parlament „Erzwungene“ Neuwahlen können den regierenden Parteien ein schlechteres Ergebnis einbringen
---	---	---	--	---	--

Beurteile die Entscheidung, die Olaf Scholz getroffen hat.			
Legitimität		Effizienz	
+	-	+	-
<ul style="list-style-type: none"> - Maßnahme ist durch GG abgesichert - Regierung verfügt aktuell über keine parlamentarische Mehrheit. Der Schritt kann erneuten Rückhalt (Wahlerfolg) ermöglichen - Bruch der Koalition verändert politische Situation. Neuwahlen können hier den Willen des Volkes ausdrücken 	<ul style="list-style-type: none"> - Bundestagswahlen erzeugen nur Sitzverteilung und keine Koalitionsaussagen. Volkswille hat sich in der Zwischenzeit nicht verändert - Scholz erwartet Scheitern der Vertrauensfrage. Damit wird die Maßnahme missbraucht - Minderheitskoalition und konstruktives Misstrauensvotum wären weiteren Optionen gewesen - Reguläre Bundestagswahlen waren für Herbst 2025 geplant. Vorgezogene Neuwahlen damit <i>moralisch</i> nicht notwendig 	<ul style="list-style-type: none"> - Regierung verfügt über keine Mehrheit mehr im Parlament und ist damit faktisch handlungsunfähig. Neuwahlen können einen parlamentarischen Stillstand verhindern - Sollte die Vertrauensfrage erfolgreich sein, so hätte Scholz neuen Rückhalt im Parlament erzwungen 	<ul style="list-style-type: none"> - Organisatorische Abläufe zur Vorbereitung der Wahlen sind zu komplex. Vorgezogene Neuwahlen erzeugen Unsicherheiten - Reguläre Bundestagswahlen waren für Herbst 2025 geplant. Vorgezogene Neuwahlen damit <i>organisatorisch</i> nicht notwendig
Abschließendes und zusammenfassendes Fazit	<i>Individuelle Lösung</i>		